

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelungspreis: Die Abonnenten sind verpflichtet für Anzeigen eine Rate und Hauptanzahlung zu leisten, ausserdem die Anzeigen zu bezahlen, unregelmässige Anzeigen zu bezahlen, Kellern, Postämtern etc. zu bezahlen, sämtliche Gebühren zu bezahlen.

Abonnenten nehmen die Anzeiger für Anzeigen der Postämtern zu. — Es enthält wertvolle Spezial-Anschlüsse Nr. 83.

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 176

Mittwoch, den 30. Juli 1924

19. Jahrgang

Der endlose Konferenzfilm.

Die Leiter der Londoner Konferenz machen denselben Fehler, den man oft bei schlechten Filmregisseuren bemerkt. Sie behandeln ein Thema nicht zu Ende, sondern lassen es vorzeitig fallen und gehen zu einem anderen Thema über, ohne daß der unbeteiligte Zuschauer die Gründe und den inneren Zusammenhang erkennen kann. Dadurch wird das gebotene Bild zwar außerordentlich bunt und abwechslungsreich, trotzdem ermüdet aber das Interesse verhältnismäßig sehr rasch, weil niemand mehr recht weiß, was die einzelnen Personen denn nun für eine Bedeutung haben, welche Rolle sie spielen, und wo das Ganze noch hinaus soll. Das ist um so bedauerlicher, als in London ja doch schließlich nicht nur ein Schaustück für ein mäßiges Publikum geboten werden soll, sondern wohl dort um die Lebensfragen Europas gestritten wird, von deren Lösung doch für jeden einzelnen von uns so außerordentlich viel abhängt.

„Manchester Guardian“ spricht von einer „Konferenz der Verbirralungen“. Und mit Recht. Die Frage der Garantien für die Anleihe steht nicht mehr im Mittelpunkt der Diskussion. Die französischen Bankiers sind nach London gekommen, um sich hier über die inaktiven Schulden zu besprechen. Politische und militärische Sachverständige beraten über die militärische Räumung des Ruhrgebiets. Die Konferenz selbst, die zur Lösung eines rein wirtschaftlichen Problems einberufen war, scheint in den Hintergrund geraten zu sein. Denn was sich gestern ereignete, war eine heftige Debatte über alle unerledigten diplomatischen, militärischen und finanziellen Fragen, welche die Beziehungen der Alliierten zu Deutschland betreffen. Man ist nun bei einer Art Geheimen Weltsanktionen angelangt. Die französischen Bankiers wollen zunächst wissen, ob auf die Auslieferung der Anleihe für Deutschland eine englische Zahlungsforderung an den französischen Schuldner folgen werde. Mit anderen Worten: ob sie noch weiter auf die Verlängerung der französischen Schuldverschreibungen rechnen können. Dann aber wird von französischer Seite die Frage erwogen, ob England Frankreich hinsichtlich dieser Schuld Konzeffionen machen würde, wenn Frankreich sich verpflichtet, das Ruhrgebiet bis zu einem bestimmten Termin militärisch zu räumen. Was die deutsche Anleihe betrifft, so sind die französischen Bankiers skeptisch, ob eine solche Anleihe in Frankreich Erfolg haben kann. Jedenfalls scheint es den französischen Bankiers nicht darauf anzukommen, die industrielle Erholung Deutschlands zu beschleunigen, die nach ihrer Ansicht ohne die Hilfe der Alliierten schon schnell genug kommen wird. Die Konferenz geht jetzt zu Problemen über, die man nicht im entferntesten vorausgesehen hat.

Heute vormittag hat eine Besprechung der „Großen Fünf“ stattgefunden, die gegen Mittag zu Ende war.

Gleichfalls wird eine wichtige Konferenz der Bankiers gemeldet, an welcher die französischen und belgischen Bankiers teilnehmen sollen.

Das Hauptinteresse konzentriert sich nach wie vor auf die außerhalb des Konferenzrahmens liegenden Dinge. Zunächst auf den Kompromißvorschlag Logans, der bekanntlich nicht angenommen, auch nicht abgelehnt, aber doch zu Protokoll genommen worden ist. Gegenwärtig arbeitet man daran, ihn in Uebereinstimmung mit den belgisch-französischen Kompromißvorschlagen zu bringen. Er verfolgt die praktische Absicht, die wesentlichen Fragen, die letzten Endes für das Konferenzergebnis entscheidend sein werden, in den Vordergrund zu stellen. Man sagt sich mit Recht, daß man, ehe die Anleihefrage akut wird, zunächst eine Einigung der streitenden Parteien und eine Uebereinstimmung der von ihnen vertretenen politischen Gesichtspunkte herbefahren muß. Die drei Faktoren bestehen einmal in dem Sicherheitsbedürfnis der Bankiers und in dem Sicherheitsbedürfnis Deutschlands.

Die Anleihefrage ist noch immer nicht geregelt, doch haben die Franzosen nunmehr einen neuen Plan ausgearbeitet, der heute abend fertiggestellt und morgen den Delegationsführern vorgelegt werden soll. Der französische Plan hat die übrigen Konferenzteilnehmer völlig überrascht, jedoch scheint man in Bankkreisen der Meinung zu sein, daß der französische Plan eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung darstellt.

Herriot hat, wie verlautet, gestern in einem Briefe an MacDonald neue Vorbehalte sowohl bezüglich der Annahme des Kompromisses über die militärische Räumung als auch über die englische Auffassung in der Frage der Einbindung an Deutschland geltend gemacht. Der noch nicht abgeschlossene französisch-belgisch-englische Handel über die Räumung und die Kompensationen, die Herriot dafür verlangt, sind die Hauptursachen dafür, daß die Vollkonferenz gestern von einer Einladung an Deutschland abließ und deren Zeitpunkt zu bestimmen den Delegationsführern überlassen hat.

Sächsische Industrie und Handelspolitik.

Der große Ausschuß des Verbandes Sächsischer Industrieller, der am Montag, den 28. Juli 1924, im Saale der Dresdener Kaufmannschaft zu einer aus allen Teilen Sachsens außerordentlich stark besuchten Sitzung zusammentrat, nahm nach einem sehr ausführlichen Referat, das Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Schneider über „Handelspolitische Aufgaben der sächsischen Industrie unter Berücksichtigung der Zollvorlagen der Regierung“ hielt, einstimmig nachstehende Entschließung an:

„Für die Zeit bis zum 10. Januar 1925 wird dafür zu sorgen sein, daß wegfallende Einfuhrverbote durch ausreichende Zollerhöhungen ersetzt werden. In diesem Sinne stimmt der Große Ausschuß des Verbandes Sächsischer Industrieller dem § 4 des „Gesetzentwurfes über Zölle und Umsatzsteuer“ zu. Sobald Deutschland am 10. Januar 1925 wieder über seine Weisheitsbegünstigung verfügt, müssen auf Grund eines sorgfältig vorbereiteten Zolltarifes wieder langfristige Handels- und Tarifverträge mit gegenseitiger Weisheitsbegünstigung abgeschlossen werden. Voraussetzung ist, daß Deutschland im Sinne des Sachverständigen-Eutachtens die volle Herrschaft über seine Zollgrenze auch im Westen wieder bekommt. Das Schema des neuen Zolltarifes wird entsprechend der Weiterentwicklung der Industrie weiter spezialistisch sein müssen, auch im Sinne handelspolitischer Verhandlungen. Eine hochschulpolitische Richtung liegt der sächsischen Industrie nach wie vor fern. Jedoch werden der geringere Geldwert, höhere Gestehungskosten, höhere Zinsen, Frachten und Steuern, besonders die Umsatzsteuer, vielfach zu Zollerhöhungen zwingen, ebenso der notwendige Schutz der Handelsbilanz und der Währung gegen eine der Armut Deutschlands nicht entsprechende Luxuseinfuhr.

Der Große Ausschuß des Verbandes Sächsischer Industrieller begrüßt die Mittelung über den Abschluß eines deutsch-spanischen Handelsabkommens, das den Valutazuschlag beseitigt und damit eine Ausfuhr nach Spanien für viele Industriezweige erst wieder ermöglicht.

Die Wiedereinführung der früheren Lebensmittelzölle (Vertragszölle) wird trotz schwerer Bedenken der Verbraucher unermesslich sein, da neben systematisch aufgebauten Industriezweigen nicht die völlige Einfuhrfreiheit für die Erzeugnisse der Landwirtschaft bestehen kann, und da kein Stand auf die Dauer seine Erzeugnisse unter dem Vorkriegspreis verkaufen kann, wenn seine Gestehungskosten weit über dem Vorkriegspreis liegen. Falls Einfuhrzölle wieder eingeführt werden, müssen sie auf die Verzollung von Getreide und Hülsenfrüchten beschränkt bleiben.“

Politische Rundschau.

Kommt der Bürgerblock?

Als Ergebnis der kurzen Reichstagsstagung herrscht in politischen Kreisen die Auffassung, daß der Bürgerblock seiner Verwirklichung nahe ist. Die außenpolitische Annäherung der Rechtsparteien kann als vollzogen angesehen werden, nachdem die Deutschnationalen nach ihrer anfänglich schroffen Segnerschaft zum Dawes-Eutachten sich jetzt immer mehr zur Zustimmung unter den auch von der Deutschen Volkspartei erklärten Vorbehalten bereitgefunden haben.

Die Belassung des deutsch-russischen Zwischenfalls.

Zu der Meldung, in geführter Nr. des Auer Tageblatts erfahren wir von zuständiger Seite, daß das Protokoll gestern vormittag im Berliner Auswärtigen Amt unterzeichnet worden ist. Für Russland unterzeichnete der russische Geschäftsträger Bratman-Probowski, für Deutschland Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Reine Ferienkinder nach Frankreich.

Das Zentralkomitee für Internationale Arbeiterhilfe hatte bekanntlich bei der Reichsregierung den Antrag auf Unterstützung der Ausreise erholungsbedürftiger Kinder nach Frankreich gestellt. Wie berichtet wird, hat die Reichsregierung beschlossen, dem Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin auf das Gesuch mitzuteilen, daß sie nicht in der Lage sei, die von ihr beabsichtigte Unterbringung deutscher Kinder in Frankreich durch behördliche Maßnahmen zu unterstützen. Es handelt sich bei diesem Plan um eine wesentliche politische Aktion, mit der man den reinen Zweck der Kinderhilfe nicht belasten dürfe. Die Reichsregierung führte zur Begründung ihres Beschlusses u. a. noch folgendes an: „An sich begrüßt die Reichsregierung den entgegenkommenden Beschluß des französischen jetzigen Ministerpräsidenten im Gegenfall zu seinem Vorgänger, deutschen Kindern in Frankreich die Einreise zu gestatten. Wenn daraufhin von anderer Seite die Unterbringung von deutschen Kindern in Frankreich angeregt worden wäre, würde die deutsche Regierung die übliche Unterstützung dieser Reise nicht verweigern. Im vorliegenden Falle handelt es sich jedoch um einen rein politischen Propagandaakt der kommunistischen Internationalen Arbeiterhilfe. Die Internationale Arbeiterhilfe betreibt diese Hilfe lediglich aus politischen Gründen zum Zweck kommunistischer Propaganda. Der Regierung liegt darüber umfangreiches Material vor.“

Von den Franzosen verschleppt.

Kaumburg, 28. Juli. Zwei Schüler der Kaumburger Staatlichen Bildungsanstalt, die auf einer Ferienwanderung nach Hoppard begriffen waren, wurden im besetzten Gebiet von den Franzosen durchsucht. Bei dem einen, einem 14-jährigen Knaben aus Bernigerode, fand man eine Mitgliedskarte des Jungdeutschen Ordens. Während der andere Schüler freigelassen wurde, transportierten die Franzosen den 14-jährigen weg, ohne anzugeben, wohin und auf wie lange.

Gegen den Friederichsrummel.

Die Art und Weise, wie von rechtsstehender Seite die Großen unserer Geschichte, die doch gemeinsamer Besitz der gesamten Nation sein sollten, zu agitatorischen Zwecken ausgefächelt und aus reinem Parteigegensatz in die Wasse gezeitert werden, scheint jetzt in besonderen deutchnationalen Kreisen Bedenken zu erregen. Der deutchnationale „Tag“, der sich manchmal eine gewisse Unbefangenheit des Urteils bewahrt, bringt einen Aufsatz des Dichters Walter v. Molo, in dem dieser in scharfen Worten das nichtsweniger als patriotische Treiben derjenigen zurückweist, die den großen König als Aushängeschild für parteipolitische Geschäfte mißbrauchen. Mit treffenden Worten wendet sich Walter v. Molo dagegen, Friedrich den Großen zum Filmhelden, zur Operettenfigur, zum Schenke, den man anbietet, zu machen, statt in der eigenen Brust den Friederichs in uns zu suchen, nach den wahrhaft menschlichen Qualitäten zu graben, die in jedem Menschen mehr oder weniger schlummern, und die er blos in höchster einzigartiger Konzentration besessen habe. Friedrichs Gestalt, statt sich innerlich dazu in seinem Sinne zu erziehen, zum Wahlplakat zu erniedrigen, heiße ihn im In- und Auslande zu verehren.

Die republikfeindlichen Rundgebungen in Württemberg.

Stuttgart, 29. Juli. Waren nationalsozialistische Soldatenspieler alle sonntägliche Erheuerungen des vergangenen Jahres, so sind es jetzt die Jungbauern. Ueber den Mißbrauch, der mit ihnen getrieben wird, ist von den württembergischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten an die Reichsregierung eine kleine Anfrage gerichtet worden. Ingegliedert werden diese Jungbauern von Theodor Börner, dem Sohne des deutchnationalen Reichstagsabgeordneten Theodor Börner. Auf diesen Jungbauern wird das Gefüge der Republik systematisch untergraben und deren Einrichtungen, gelinde gesagt, mit Dresd beworfen. So war in Ehningen unter anderem auf einem Festwagen eine fetter Sau mit Messer schärfenden Bürschen und der Aufschrift „Ebers letzte Stunde“ im Festzuge. Die Bauern haben diese räpelhafte Anspielung verstanden; einer meinte, verächtlich lächelnd: man könne sich dabei „allerhend denken“. In Wauffen a. N. hatten fast alle Festwagen schwarzweißrote Fahnen. Das Reichsbanner schwarz-rot-gold flatterte von einem Wagen, aus dem in die Menge Schweine grunzten. Auf diesen Festen toben sich nicht nur die Jungbauern aus, sondern auch die Hakenkreuzler und die Vereintigten vaterländischen Verbände. In Neuenstadt erreichten sich zwei Hakenkreuzler und verlangten vom Amtsvorstand des Finanzamtes, Regierungsrat Kapff, die Einziehung der schwarzrotgoldenen Reichsfahne, was aber abgelehnt wurde.

Kommunistenterror im Dortmunder Stadtparlament.

Die Dortmunder Städtische Nachrichtenstelle meldet: Infolge der skandalösen Vorgänge in den bisherigen Sitzungen der neugewählten Stadtverordnetenversammlung, in denen die kommunistischen Stadtverordneten fortgesetzt gegen den Magistrat und die bürgerlichen Stadtverordneten die stärksten Beschimpfungen und verbrecherische Drohungen richteten, ohne daß der kommunistische Stadtverordnetenvorsitzer eingriff, haben die sämtlichen Dortmund der bürgerlichen Parteien diesem nunmehr mitgeteilt, daß sie künftighin solange den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung fernbleiben, bis ihnen eine sichere Gewähr geboten sei, daß diese wahrhaft unerträglich Zustände nicht mehr wiederkehren.

Der fatale Lebensretter.

Wie der „Welt am Montag“ aus Lauenburg (Pommern) geschrieben wird, hielt der bekannte Knäuel-Künze in Lauenburg einen Vortrag, in dem er wie üblich auf die Juden schimpfte, und fuhr dann nach dem Badeort Beba, wo er beim Baden in eine Untiefe geriet und zweifellos ertrunken wäre, wenn ihn nicht der Badearzt Bebas, Herr Dr. Pofner, aus dem Wasser gezogen hätte. Herr Künze erkundigte sich noch nachträglich, ob Herr Dr. Pofner wirklich Jude sei, und verschwand nach dieser fatalen Feststellung ohne ein Wort des Dankes.

Generaltreue in Poinisch-Oberschlesien.

Krautau, 29. Juli. In Poinisch-Oberschlesien beschlossen die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften, sowohl der sozialistischen, wie auch der polnisch-nationalen und christlichen, in einer gemeinschaftlichen Sitzung, für Mittwoch früh den Generaltreue in sämtlichen Hütten- und Eisenwerken zu proklamieren als Protest der Arbeiterschaft gegen die Einführung des Zehntestundentages.

Sao Paulo wieder in Rebellion.

Die Agence Havas berichtet aus Rio de Janeiro, die Regierungstruppen hätten Sao Paulo wieder geräumt.

Aue.

Konzert

Ball.

Tagesord.

geb.

geb.

gummi

und Nach

ab der beste

Bestimmungs

uten Ware.

den Verkauf

1.79 u. 2.95

3.50

5.95

7.75

Quadrat

1.15

ber

hinen

abteilung.

Wien 98.